

BVN e.V.

Bürgervereinigung Nordend e.V.

1. Vorsitzender
Thomas Seiffert
Kontaktadresse:
Friedhelm Ardel-Theeck
Leuchte 35A
60388 Frankfurt/Main
Tel.: 06109 / 36751
Mobil: 0151-16559854
ardelt-theeck@molochautobahn.de
www.molochautobahn.de

Rechenschaftsbericht 2005

Die Bürgervereinigung Nordend e.V. (BVN) setzte auch im Jahr 2005 ihr Bemühen um eine ökologische Verkehrspolitik fort, mit ihrem Ziel, die Lebensqualität in Frankfurt am Main und besonders im Stadtteil Nordend zu erhalten bzw. zu verbessern. Wie schon in den zurückliegenden Jahren legte die BVN besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden. So arbeitete die BVN u.a. regelmäßig im Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn (AUA) mit. Wie gewohnt übernahm die Bürgervereinigung Nordend e.V. dabei einen erheblichen Teil der organisatorischen wie auch inhaltlichen Arbeiten. Zu den Aufgaben der BVN gehörte auch der Besuch von Ortsbeirats-sitzungen sowie der Kontakt bzw. die Korrespondenz mit Parteien, Behörden etc.

Folgende Ereignisse sind hervorzuheben:

Im Januar informierte ein Referent der BVN auf einer Veranstaltung der Bürgervereinigung Seckbach e.V. über den Luftreinhalteplan für Frankfurt.

Im selben Monat wurde schließlich das Planänderungsverfahren für die Bundesfernautobahn A 66 Riederwaldtunnel/Autobahndreieck Erlenbruch eingeleitet. In Briefen an das Hessische Verkehrsministerium als Planfeststellungsbehörde, dem Regierungspräsidium Darmstadt (RP) als Anhörungsbehörde und die Stadt Frankfurt forderte die BVN die Durchführung von Bürgeranhörungen zum geplanten Bau des Riederwaldtunnels noch vor der Offenlegung der Planänderungen. In den Antwortschreiben und zahlreichen Telefonaten wurde lapidar auf die Einhaltung der Fristen nach Einleitung des Verfahrens hingewiesen und diese Forderung verworfen.

Die Auslegung der Pläne und die Einwendungsfrist vom 7. Februar bis 7. bzw. 21. März begleitete die BVN im Rahmen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn mit zahlreichen Aktivitäten und Presseerklärungen. Als ungeheuerlichen Vorgang ist die Tatsache zu bewerten, dass die Stadt Frankfurt anders als in vorhergehenden Verfahren es unterließ, die Medien bzw. die Öffentlichkeit über die genauen Zeiten und den Ort der Auslegungen zu informieren. Lediglich im Amtsblatt, welches kaum ein Bürger kennt bzw. je in den Händen hielt, wurde die Offenlegung formell bekannt gemacht. Nach Studium des Verwaltungsverfahrensgesetzes nahm die BVN im Namen des AUA auch Kontakt mit einem Rechtsanwalt und möglichen Klägern auf, um gegen die in den Augen der Bürgerinitiativen rechtswidrige Offenlegung vorgehen zu können. Mit ihrer Beschwerde über die Form der Offenlegung konfrontierte die BVN auch das Frankfurter Stadtparlament. Neben mehreren Presseerklärungen nutzte die BVN u.a. die Bürgerfragestunde im städtischen Verkehrsausschuss im Februar, um ihren Protest über den praktischen Ausschluss der

Öffentlichkeit auszudrücken und das Stadtparlament aufzufordern, sich für die Wiederholung der Offenlegung und Bürgeranhörungen stark machen.

Im Namen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn organisierte die BVN im Februar und März zahlreiche Info-Stände in Bornheim, um die Bevölkerung über die Offenlegung der geänderten Pläne und Einwendungsmöglichkeiten zu informieren.

Bei diesen Gelegenheiten wurde den betroffenen BürgerInnen die Möglichkeit geboten, Sammeleinwendungen zu unterschreiben bzw. Einwendungsvordrucke zu persönlichen Einwendungen zu nutzen. Außerdem startete die BVN eine Unterschriftenaktion gegen die offensichtlich rechtswidrige Form der Offenlegung und für Verbesserungen der Planung insbesondere beim Lärmschutz.

Mit einem eigens erstellten Flugblatt zur Offenlegung „Lärm- und Schadstoffgrenzwerte werden überschritten - Alle östlichen Stadtteile betroffen“ versuchte die BVN in Zusammenarbeit mit den anderen BIs und dem BUND die Bevölkerung über das Verfahren und die Planung in Kenntnis zu setzen und lud zu einem gemeinsamen Informationsabend mit einem Rechtsanwalt ein.

Zum Ende der Einwendungsfrist organisierte die BVN zusammen mit dem AUA eine sechs Kilometer lange Trassenbegehung vom Autobahnende der A 66 in Bergen-Enkheim bis ins Nordend/Friedberger Landstraße und einen weiteren Infostand an der Kreuzung Erlenbruch/Schäfflestraße im Riederwald mit einer guten Presseresonanz.

Nach Sichtung der Pläne im städtischen Rathaus sowie nicht ausgelegter Pläne im Amt für Straßen- und Verkehrswesen übergab die BVN am 20. März offiziell ihre ausführlich begründete Einwendung im Planänderungsverfahren zusammen mit hunderten von Sammeleinwendungen bzw. anvertrauten persönlichen Einwendungen dem städtischen Planungsamt.

Im April reichte die BVN im Namen des Aktionsbündnis beim RP Darmstadt zusammen mit hunderten Unterschriften von Unterstützern bzw. Betroffener Beschwerde gegen die mutmaßlich rechtswidrige Offenlegung ein. Das RP wies diese zurück mit Verweis auf die Satzung der Stadt Frankfurt, die lediglich die Bekanntgabe des Verfahrens im städtischen Amtsblatt vorsehe.

Noch im gleichen Monat luden die BIs und der BUND zu einem gemeinsamen Pressegespräch ein, um eine Bewertung der Planänderungen im Planfeststellungsverfahren A 66 Riederwaldtunnel vorzunehmen. Ein Vertreter der BVN stellte dort das Ergebnis der vorgenommen Anlysen der Verkehrsprognosen und der Schalltechnischen Berechnungen vor. Aufgrund zahlreicher Fakten müssen die Ergebnisse der vorgelegten Gutachten in Frage gestellt werden.

Noch im März hatten auch BVN-Vertreter an der Anhörung der östlichen Ortsbeiräte zum Gesamtverkehrsplan für Frankfurt im Bürgerhaus Bornheim teilgenommen und den vorgestellten Entwurf aus umweltpolitischen Gründen kritisch kommentiert.

Im Rahmen der damit verbundenen Diskussion um die umstrittene Autobahnspange von der Ostumgehung A 661 ins Nordend erhielt die BVN die Möglichkeit im Rahmen einer Reihe Pro und Contra in der Frankfurter Rundschau zu diesem Projekt kritisch Stellung zu beziehen. Nach einer gemeinsamen Trassenbegehung der Grünen im Nordend war die BVN bei einer anschließenden Diskussion der Nordend-Grünen über die Verkehrspolitik im Stadtteil auf dem Podium vertreten.

Mit einer Presseerklärung „Ein Skandal – Planungsbehörde boykottiert Bürgeranhörung“ reagierte die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis auf die kurzfristige Absage der lange von den östlichen Ortsbeiräten gemeinsam geplanten Anhörung zum Autobahnbau im Frankfurter Osten. Die Hess. Straßenbaubehörde hatte mit Hinweis auf das laufende Verfahren eine Teilnahme abgelehnt und die Veranstaltung platzen lassen.

Wie in jedem Jahr beteiligte sich die BVN zusammen mit dem AUA am Kinderfest beim Wäldchestag im Riederwald, auf dem Straßenfest Schäfflestraße des Vereinsrings Riederwald sowie im September am Rotlintstraßenfest der Grünen und am Kinderfest „Tag des Kindes“ der Falken im Ostpark.

Bei diesen Anlässen wurde das neu entworfene Flugblatt „Fünf vor Zwölf für den ganzen Frankfurter Osten mit Aufruf an die Frankfurter Bevölkerung „Sagen Sie Nein zum Bau der Bundesfernautobahn A 66 quer durch Frankfurt“ an die Besucher verteilt und auf die drohenden Veränderungen aufmerksam gemacht. Noch im Mai war ein BVN-Vertreter als Referent zu einem Ortsgruppentreffen der WASG in Bornheim eingeladen, um die Planung vorzustellen.

Die aktuelle Entwicklung nahmen die Veranstalter der traditionellen „Tour de Natur“ im Sommer zum Anlass, um ihre Tour durch Hessen und angrenzende Bundesländer mit einer Durchquerung des Frankfurter Osten abzuschließen. Mit einer gemeinsamen Fahrraddemo und Kundgebung auf der Tunneltrasse im Riederwald wurde gegen den geplanten Autobahnbau protestiert. Die Pressearbeit und Mobilisierung hatte weitgehend die BVN übernommen.

Im August hat die BVN Einwendung gegen den ausgelegten Aktionsplan Frankfurt zur Luftreinhaltung eingelegt. Die vorgesehenen Maßnahmen werden als nicht ausreichend oder ungeeignet angesehen. So wird der Autobahnbau im Frankfurter Osten als Maßnahme zur Verbesserung der Luftqualität angeführt, obwohl ausdrücklich 70% der hohen Hintergrundbelastung von den Autobahnen rings um Frankfurt stammen.

Im selben Monat bekräftigte die BVN im Namen des AUA und weiterer Unterzeichner der Unterschriftensammlung den Widerspruch gegen die Form der Offenlegung der Pläne zum Riederwaldtunnel im Frühjahr. Das zuständige RP in Darmstadt äußerte zwar sein Verständnis, sah jedoch keine Möglichkeit gegenüber der Stadt Frankfurt tätig zu werden.

Über den Briefwechsel wurde auch der Rechtsanwalt des BUND unterrichtet, der gegebenenfalls die BVN in dieser Sache vertreten soll. Im Falle eines Planfeststellungsbeschlusses könnte dann im Namen eines potentiellen Einwenders bzw. Klägers die Offenlegung angefochten werden.

Im November vertrat ein Vertreter der BVN offiziell das Aktionsbündnis und mehrere hundert Sammeleinwender beim Erörterungstermin zum Planänderungsverfahren Riederwaldtunnel, welcher in der Pestalozzischule im Stadtteil Riederwald stattfand. Wie schon 3 Jahre zuvor bekam die BVN als rechtlicher Vertreter wieder die Erwiderungen der Planungsbehörde an hunderte von Einwendern gleichförmiger Schreiben zugesandt und kümmerte sich um die Weiterleitung an die Einwender, die in einem beigelegten Rundschreiben auf den Erörterungstermin aufmerksam gemacht wurden. Neben dem erheblichen Aufwand hatte die BVN und das Aktionsbündnis auch die Portokosten wieder selbst tragen müssen.

In einer Presserklärung forderte die BVN im Namen des Aktionsbündnis aufgrund der fehlerhaften Gutachten und der gezielten Desinformation über die Offenlegung den Abbruch des Verfahrens und ein Moratorium, um über Alternativen nachdenken zu können.

Parallel dazu beteiligte sich die BVN an einer Mahnaktion vor einem SPD-Parteitag zur Kommunalwahl 2006. Mit einem Flugblatt „SPD muss Farbe bekennen – 5 vor 12 SPD darf Frankfurter Osten nicht verraten“ appellierten die Beteiligten an die Partei im Zusammenhang mit ihrer Ablehnung gegen den Ausbau der Ostumgehung nicht „umzufallen“.

Auf Anregung des BUND-Rechtsanwalts nahm die BVN nach der Anhörung Kontakt mit einem Planungsbüro auf, dass bundesweit über gute Erfahrungen im Widerstreit mit Straßenprojekten verfügt, um die Verkehrsuntersuchung überprüfen zu lassen.

Nach einem Vorgespräch und Einsicht in die Planungsunterlagen begleitete das Planungsbüro die BVN bereits bei einem Nachfolgetermin im Rahmen der Anhörung zur Verkehrsuntersuchung beim Amt für Straßen- und Verkehrswesen im Dezember.

Parallel dazu befasste sich die BVN auch mit dem zur Beschlussfassung vorliegenden Entwurf für den Gesamtverkehrsplan Frankfurt. In Briefen an alle Stadtverordnetenfraktionen und in einem Redebeitrag im Verkehrsausschuss sowie einer entsprechenden Presseerklärung kritisierte die BVN den vorliegenden Entwurf als konzeptionsloses Sammelsurium, ohne klare Vorgaben bezüglich der Reduzierung von Lärm- und Schadstoffreduzierung.

Frankfurt am Main, 14. Dezember 2006

Thomas Seiffert
(1. Vorsitzender)